Abteilung: 1.4 - Strukturentwicklung
Fachbereich: 4 - Frau Toenneßen
Sachbearbeiter: Herr Schäfer (Tel. 02641/975-239)
Herr Schäfer (Tel. 02641/975-239)
Aktenzeichen: 1.41-460-0.06
Vorlage-Nr.: 1.4/113/2024

Tagesordnungspunkt

Beratungsfolge:	Sitzung am:	ö/nö:	Zuständigkeit:
Kreis- und Umweltausschuss	09.09.2024	öffentlich	Entscheidung

**Planfeststellungsverfahren zur geplanten Ultranet-Leitung der Firma Amprion;
Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 22
Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) und § 17
Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**

Beschlussvorschlag:

Der Kreis- und Umweltausschuss stimmt dem als Anlage beigefügten Entwurf der Stellungnahme im Verfahren der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu und beauftragt die Verwaltung die Stellungnahme fristgerecht an die Bundesnetzagentur zu übermitteln.

Darlegung des Sachverhalts / Begründung:

Die Firma Amprion GmbH, Dortmund als Betreiber der überregionalen 380-kV Höchstspannungsnetze plant die Errichtung einer Höchstspannungsfreileitung für eine 380-kV Gleichstromverbindung zwischen Osterath (NRW) und Philippsburg (BW). Favorisiert wird seitens der Amprion GmbH dabei die bestehende 380-kV Wechselstromtrasse zu nutzen und diese als sogenannte Hybridleitung zu betreiben, d. h. eine Wechselstromleitung würde durch eine Gleichstromleitung auf den bestehenden Masten ersetzt. Hintergrund ist, dass bei langen Distanzen der Energietransport bei Gleichstromleitungen effizienter ist als bei Wechselstrom.

Der Trassenkorridor des Abschnitt E 2 verläuft beginnend in der Gemeinde Grafschaft für ungefähr 25 Kilometer durch den Kreis Ahrweiler, wo er in Bad Neuenahr-Ahrweiler die Ahr quert und schließlich südlich der Gemeinde Brohl-Lützing in den Kreis Mayen-Koblenz führt.

Zur Zulassung der Ultrahochspannungs-Leitung war im ersten Verfahrensschritt eine sog. Bundesfachplanung durch die Bundesnetzagentur durchzuführen. Dieses im Jahr 2020 durchgeführte formelle Verfahren ersetzt ein Raumordnungsverfahren auf Landesebene.

In diesem Verfahren wurde am 06.05.2020 eine vorläufige und nach Beratung im KUA am 25.05.2020 am 29.05.2020 eine endgültige Stellungnahme des Landkreises Ahrweiler abgegeben.

Dabei wurden im Wesentlichen folgende aus Sicht des Kreises kritische Punkte dargelegt:

- Nachweis der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit des Projektes Ultrahochspannung
- Beachtung des bundesgesetzlich neuen Grundsatzes für Gleichstromtrassen, Erdkabel ist die Regel - Freileitung ist die Ausnahme, für das Pilotprojekt Ultrahochspannung. Beachtung der VV zu 26. BImSchV vor dem Hintergrund, dass es sich um die erstmalige Herstellung einer Gleichstromtrasse bzw. einer Hybridleitung auf der genehmigten und in Betrieb befindlichen Wechselstromleitung handelt und das Vorhaben als Neubau bzw. als wesentliche Änderung zu bewerten ist.
- Sicherstellung dass von den Gleichstromleitungen keine nachteiligen Auswirkungen auf Menschen und Tiere ausgehen mit detaillierter Beschreibung und Bewertung der konkreten unterschiedlichen Wirkungen der differierenden elektromagnetischen Felder auf Mensch und Fauna vor dem Hintergrund, dass Grenzwerte für die ionisierte Ladungswolke, die beim Betrieb einer Gleichstromleitung entsteht nicht bestehen und die Auswirkungen auf die Schutzgüter menschliche Gesundheit und Fauna nicht hinreichend erforscht sind.

- Nachweis hinsichtlich zu erwartender Lärmimmissionen, dass eine Vereinbarkeit mit den nach TA Lärm geltenden Grenzwerten gewährleistet ist und Beachtung, dass bei der hier beabsichtigten Hybridleitung eine summarische Betrachtung der Wirkungen erforderlich ist.
- Das Are-Gymnasium, sowie das Berufsbildungszentrum Bad Neuenahr liegen als kreiseigene Schulen innerhalb des Untersuchungsraums „Schutzgut Mensch“, das Berufsbildungszentrum zur Hälfte sogar innerhalb des Trassenkorridors. Der Kreis Ahrweiler macht daher als Betreiber öffentlicher Einrichtungen seine Rechte an Eigentum und Grundstücken gem. § 9 (6) NABEG auch als Einwendungen geltend.
- Mögliche Auswirkungen auf die technische Infrastruktur (Richtfunkverbindungen, Radioteleskop Effelsberg) sind zu befürchten.

Im Anschluss an das Anhörungsverfahren fand durch die Bundesnetzagentur ein Erörterungstermin mit denjenigen Behörden, Personen und Institutionen statt, die Einwände im Verfahren vorgetragen haben.

Die Bundesnetzagentur hat im Rahmen der Bundesfachplanung für das Vorhaben Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG), Abschnitt E (Rommerskirchen – Weißenthurm) am 28.02.2022 die Entscheidung nach § 12 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) über den Verlauf des Trassenkorridors getroffen. Die Entscheidung (289 Seiten) ist auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter www.netzausbau.de/vorhaben2-e abrufbar.

Im Hinblick auf die einzelnen Einwendungspunkte und deren Behandlung im Rahmen der Entscheidung wird auf die Vorlage Nr. 1.4/068/2022 zu TOP 7.4 der Sitzung des KUA vom 28.03.2022 verwiesen.

Nach Abschluss der Bundesfachplanung schließt sich ein Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung ebenfalls bei der Bundesnetzagentur an. Danach erfolgt die finale Entscheidung über die Zulassung des Projektes durch die Bundesnetzagentur.

Nach Feststellung der Vollständigkeit der Antragsunterlagen wurde das Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung am 02.07.2024 mit der Anhörung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange und mit Gelegenheit zur Stellungnahme bis 09.09.2024 eingeleitet.

Die Anhörungsfrist wurde auf Antrag der Verwaltung für den Landkreis Ahrweiler bis zum 23.09.2024 verlängert, damit die Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung

des KUA behandelt werden kann.

Mit den betroffenen Kommunen im Kreis Ahrweiler wurden Gespräche zur Abstimmung geführt.

Der beigefügte Entwurf einer Stellungnahme wird nach Beratung und Beschlussfassung fristwährend an die Bundesnetzagentur übermittelt.

Der aktuelle Stand des Verfahrens und eine Übersicht zur Planung ist auf der themenbezogenen Internetseite der Bundesnetzagentur (www.netzausbau.de/vorhaben2-e2) verfügbar.

Im Auftrag

Anja Toenneßen
Fachbereichsleiterin

Anlage zur Vorlage:

- Entwurf der Stellungnahme an die Bundesnetzagentur